

Die Berichterstattung deutscher Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise

Studie im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Die Studie untersuchte die Berichterstattung der Journalisten zur griechischen Staatsschuldenkrise im ersten Halbjahr 2015 in der deutschen Medienöffentlichkeit am Beispiel der Tageszeitungen „Die Welt“, „Bild“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Tageszeitung“ sowie der Onlineplattform „Spiegel Online“. Mittels quantitativer Inhaltsanalyse der Artikel zur griechischen Staatsschuldenkrise wurden Berichterstattungsintensität, Anlässe, Akteure, Inhalte, Themen und Wertungen erfasst. Dies erlaubt Aussagen über die Vielfalt, die Ausgewogenheit, die Neutralität der Berichterstattung und die Tiefe der Hintergrundberichterstattung über die Reformpolitik sowie das Ausmaß der Europäisierung in der Berichterstattung. Der Untersuchungszeitraum reicht von der Formierung der neuen griechischen Regierung unter Alexis Tsipras am 28.01.2015 bis zum Auslaufen des zweiten Hilfspakets am 30.06.2015.

Insgesamt wird in 1.442 Artikeln über die griechische Staatsschuldenkrise berichtet. Die Diskussion über unterschiedliche Reformen der griechischen Regierung wird in dieser Berichterstattung nur unzureichend aufgegriffen. 558 der 1.442 untersuchten Artikel zur griechischen Staatsschuldenkrise haben keinen einzigen konkreten Reformvorschlag aufgegriffen. Wenn die Journalisten über Reformen berichteten, dann standen die Politikfelder Haushaltspolitik und die Steuer- und Finanzpolitik im Mittelpunkt. Sozialpolitik, Infrastrukturpolitik und Tarifpolitik u.a. spielten nur eine geringe Rolle. Die Liste der gar nicht oder kaum thematisierten Reformvorhaben ist lang. „Bild“ berichtete über 73 Reformzielen gar nicht, auch alle anderen untersuchten Medien erwähnten jeweils über 20 konkrete Reformvorhaben nicht einmal. Wenn es auf dem Höhepunkt der deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise oft nicht um die konkreten Reformvorschläge geht, stellt sich die Frage, womit sich die Medien stattdessen befassen. In fast jedem zweiten (47,6 Prozent) Artikel ging es allgemein um Hilfsprogramme und dabei hauptsächlich um Fragen des Auslaufens, der Zusammensetzung, der Raten, der Zustimmung und Ablehnung. Ein spezielles Thema beschäftigte die deutsche Berichterstattung über weite Teile des Untersuchungszeitraums: Forderungen nach Reparationszahlungen Deutschlands für Schäden, die Griechenland im Zweiten Weltkrieg zugefügt wurden. Der Konflikt entwickelte sich zu einem Nebenschauplatz, auf dem nicht Griechenland Deutschland Geld schuldet, sondern Deutschland Griechenland. 74 Artikel befassten sich mit diesem Thema. Das sind mehr Artikel, als zu vielen zentrale Reformvorhaben wie der Bekämpfung von Korruption, der

Reform des Rentensystems, der Wirtschaftsförderung oder der Verwaltungsreform erschienen sind. Bei der Analyse der deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise fällt zudem auf, dass in vielen Artikeln die Inhalte und Reformziele, über die gestritten wurde zwischen Griechenland und den Institutionen, nicht benannt wurden, dafür jedoch sehr oft eine mögliche Konsequenz des Scheiterns von Verhandlungen: Der Grexit. Insgesamt wurde ein Euro-Austritt Griechenlands in 494 Artikel thematisiert, also fasst in jedem dritten Artikel (34,3 Prozent). Nicht ein einziges diskutiertes Reformvorhaben kommt ansatzweise auf eine solche Berichterstattungsintensität. In der Summe blieben die Journalisten der untersuchten Medien in ihrer Berichterstattung über die Reformen in Griechenland größtenteils an der Oberfläche. Nur wenige Artikel lieferten eine tiefe Hintergrundberichterstattung über die diskutierten Reformen in Griechenland.

Die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise ist sehr stark regierungsgeprägt. 73,5 Prozent der Artikel bezogen sich auf Aussagen und Aktivitäten der griechischen oder deutschen Regierungen. Europäische Akteure wie die Europäische Kommission (5,3 Prozent), das Europäische Parlament (1,3 Prozent) und zentrale Organisationen wie die Europäische Zentralbank (3,3 Prozent) und der Internationale Währungsfond (2,7 Prozent) waren entgegen ihrer Rolle in der griechischen Staatsschuldenkrise in der Berichterstattung stark unterrepräsentiert. Zwei nationale Akteure, die griechische und die deutsche Regierung, stehen erkennbar im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Berichterstattung. Die untersuchten Medien stellen durch ihre bi-nationale Berichterstattung einen bi-nationalen Konflikt dar. Von einer europäisierten Öffentlichkeit kann angesichts der von den Medien gewählten Berichterstattungsanlässe kaum gesprochen werden.

Die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise ist mehrheitlich meinungsorientiert und wertend. Über Mitglieder der griechischen Regierung wird mehrheitlich negativ berichtet. Rund die Hälfte der untersuchten Artikel in denen Wertungen der griechischen Regierung enthalten sind, stellen die griechische Regierung negativ dar, nur 16,9 Prozent weisen eine positive Wertung auf und in 32,4 Prozent ist die Darstellung in der Berichterstattung ausgewogen. Akteure, die sich ausgewogen oder positiv gegenüber Griechenlands Regierung äußern, kommen zwar häufig zu Wort, ihrer Position wird jedoch im Text bei den meisten untersuchten Medien häufiger widersprochen als bei Akteuren, die sich negativ gegenüber der griechischen Regierung äußern.

Die deutsche Regierung wird in den Artikeln viel weniger bewertet. Wenn sie bewertet wird, dann wird über sie ausgewogener berichtet. In 40,5 Prozent der Artikel wurde die Position der deutschen Regierung negativ dargestellt, in 14,1 Prozent positiv und in 45,6 Prozent der Artikel wurde ausgewogen berichtet. Damit wird auch über die beiden gegenüberstehenden Po-

sitionen einer angebotsorientierten und einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik in der griechischen Staatsschuldenkrise und die diese Positionen vertretenden Akteure – die griechische und die deutsche Regierung – nicht gleichgewichtig berichtet. Die Berichterstattung über die zentralen Positionen und Akteure ist nicht ausgewogen.

Dies zeigt sich auch daran, wer in den Artikeln über wen Aussagen trifft. Es werden erheblich häufiger Aussagen über die griechische Regierung gemacht, als dass diese zu Wort kommt. Am häufigsten werden Aussagen über den griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras getroffen. Dies ist in 484 Artikeln der Fall. Er selbst trifft nur in 138 Artikeln Aussagen. Er trifft häufiger Aussagen über Bundeskanzlerin Angela Merkel (31-mal) als über Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (11-mal). Über Bundeskanzlerin Angela Merkel wird in 209 Artikeln Aussagen getroffen, sie sendet aber in nur 55 Artikeln Aussagen. Diese betreffen im Gegenzug am häufigsten den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras (43-mal) und am seltensten ihren eigenen Finanzminister (5-mal). Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble tritt in deutschen Medien 124-mal als Sender von Aussagen auf und damit mehr als doppelt so oft wie die Bundeskanzlerin. Er wird als einziger Politiker seltener adressiert als er sendet. Es werden nur in 64 Artikeln Aussagen über Wolfgang Schäuble getroffen. Seine Aussagen betreffen Alexis Tsipras (77-mal) und Yanis Varoufakis (71-mal) ähnlich häufig. Yanis Varoufakis tritt in 109 Artikeln als Sender von Aussagen auf, in 209 Artikeln werden Aussagen über ihn getroffen. In den meisten Fällen stammen diese Aussagen von Wolfgang Schäuble (71-mal).

Die Daten zeigen auch, dass ein Konflikt zwischen den Finanzministern Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble in den untersuchten deutschen Medien aufgebaut wurde. Aussagen übereinander treten zwischen Angela Merkel und Alexis Tsipras in geringerem Umfang auf (74-mal) als zwischen Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble (101-mal). Der Konflikt zwischen den Finanzministern spielt in der deutschen Berichterstattung eine größere Rolle als Aussagen zwischen den Regierungschefs.

In 26 Prozent der Artikel gehen Meinungen und Wertungen direkt und offensichtlich von Journalisten aus, welche die Artikel verfasst haben. Dabei positionierten sich die Journalisten in 44,6 Prozent der Fälle gegen die griechischen Regierungsmitglieder, nur 16,4 Prozent äußerten sich in der Berichterstattung positiv gegenüber der griechischen Regierung, 39,0 Prozent äußerten sich in der Berichterstattung neutral. Eine positive Positionierung eines Journalisten gegenüber Griechenlands Regierung fand sich bei „Bild“ in keinem einzigen Artikel. In 100 Prozent der Artikel, in denen Journalisten eine Position einnehmen, war diese Position bei „Bild“ gegen Griechenlands Regierung gerichtet. Bei der „Welt“ waren es 60 Prozent der Beiträge, bei der „Süddeutschen Zeitung“ 48,9 Prozent der Beiträge, bei „Spiegel Online“

35,3 Prozent und bei der „FAZ“ 32,6 Prozent. Die „taz“ ist die einzige untersuchte Zeitung, in der sich die Journalisten im gleichen Ausmaß positiv wie negativ (je 23,9 Prozent) gegenüber der griechischen Regierung positionierten. Bei der „FAZ“ positionierten sich Journalisten in den meisten Artikel neutral (62,4 Prozent). Ein weiteres Ergebnis der Studie ist: Journalisten vertreten auch in eigentlich neutralen Darstellungsformen ganz offen ihre Meinung. In jedem dritten Fall trifft das auf Nachrichten und Berichte sowie auf jeden zehnten Hintergrundartikel zu, wodurch das Qualitätskriterium der Neutralität verletzt wird. Als neutrale Darstellungsformen sollten Nachrichten, Berichte und Hintergrundberichte frei von Meinungsäußerung der Journalisten sein.

Europäische Wirtschaftspolitik ist durch ein hohes Maß an Komplexität gekennzeichnet, wie sich auch in der griechischen Staatsschuldenkrise zeigt. Hier ist eine Vielzahl an nationalen, europäischen und internationalen politischen Akteuren an Verhandlungen und Entscheidungen beteiligt. Die europäischen Staaten und Bürger haften mit Milliardenbeträgen füreinander. 851 Milliarden Euro wurden bereits für die Rettung europäischer Krisenstaaten ausgezahlt, weitere 944 Milliarden Euro wurden zugesagt. Kompetenter Wirtschaftsjournalismus muss diese komplexen und vernetzten Zusammenhänge erklären. Dafür muss er Kriterien journalistischer Qualität einhalten, damit in dieser griechischen Staatsschuldenkrise in der Bevölkerung keine Verunsicherung entsteht. Wirtschaftsjournalismus muss daher umfassend, ausgewogen, hintergründig, vielfältig und neutral über relevante Aspekte und Vorgänge informieren, um seiner gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen. Angesichts der Bedeutung europäischer Institutionen und Zusammenhänge in der Wirtschaftspolitik ist eine europäische Perspektive im Wirtschaftsjournalismus von besonderer Relevanz. Dies gilt insbesondere in der griechischen Staatsschuldenkrise, in der politische Entscheidungen über die Finanzhilfen aus Steuergeldern der europäischen Bürger für die Rettung Griechenlands von europäischen Institutionen, wie der Europäischen Kommission, der EZB oder der Eurogruppe, getroffen werden. Die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit trägt wesentlich zum Verständnis europäischer Entscheidungen und so zu deren Legitimität bei. Diese Studie zeigt, dass die Journalisten in Deutschland in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise diese Qualitätskriterien zu wenig beachtet haben. Auch das festgestellte europäische Öffentlichkeitsdefizit schafft Misstrauen bei der Bevölkerung und birgt so die Gefahr, die Legitimation europäischer Entscheidungen, Institutionen und Akteure zu verringern. Diese ist jedoch erforderlich, schließlich werden bereits 80 Prozent aller wirtschaftspolitischen Gesetze auf europäischer Ebene entschieden. Durch ihren fehlenden Bezug zu europäischen Akteuren trägt die deutsche Berichterstattung dazu bei, dass Vertrauen der europäischen Bevölkerung

in Staaten, Regierungen und europäische Institutionen fehlt, welches angesichts der politischen Herausforderung gegenseitiger finanzieller Haftung erforderlich gewesen wäre.